

**Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung, Energie  
und Landwirtschaft (L)**

**Bericht der Verwaltung  
für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L)  
am 1. November 2018**

**Prüfung von Fernwärmepreisen in Bremen-Lüssum**

**A. Sachdarstellung:**

Die Abgeordnete Sylvia Neumeyer hat um einen Bericht zur kartellrechtlichen Kontrolle der Fernwärmepreise im Fernwärmenetz in Bremen Lüssum gebeten. Hierbei solle auch die Zusammenarbeit zwischen Vonovia, Jobcenter, Sozial- und Baubehörde dargestellt werden.

Die Verwaltung berichtet dazu wie folgt:

**1. Kartellrechtliche Überprüfung**

Aufgrund der Presseberichterstattung zu der Abrechnung von Nebenkosten gegenüber Mietern der Vonovia SE in Bremen Lüssum im Dezember 2017 mit Preisanagaben für Fernwärme von bis zu 16 Cent pro Kilowattstunde (kWh) hat die Energiekartellbehörde beim Senator Umwelt, Bau und Verkehr noch im Dezember 2017 Vorermittlungen zu möglicherweise missbräuchlich überhöhten Fernwärmepreisen im Sinne von § 19 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) aufgenommen.

Die Ermittlungen haben ergeben, dass keine Anhaltspunkte für ein missbräuchliches Verhalten nach § 19 GWB vorliegen. Erheblich höhere Preise als in vergleichbaren anderen Netzen konnten nicht festgestellt werden. Bei näherer Prüfung konnten die in der Presse dargestellten Preisunterschiede auch nicht in vollem Umfang nachvollzogen werden. Die Ermittlungen bezogen sich ausschließlich auf die vom Fernwärmelieferanten in dem Netzgebiet in Bremen-Lüssum geforderten Preise. Die Nebenkostenabrechnungen der Vonovia SE waren, anders als dies teilweise in der Presse berichtet wurde, nicht Gegenstand der Prüfungen.

Die Preise in dem betroffenen Netz wurden mit denen der swb und denen in einem anderen Fernwärmenetz in Bremen verglichen. Weiterhin wurden die Preise der Kund\*innen innerhalb des betroffenen Netzes verglichen.

**2. Zusammenarbeit zwischen Vonovia, Jobcenter, Sozial- und Baubehörde**

In der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport für die Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 8. März 2018 wurde ausgeführt, dass eine Zusammenarbeit der Energiekartellbehörde mit anderen ggf. betroffenen Behörden nicht regelmäßig erfolgt, da die Energiekartellbehörde nur anlassbezogen tätig wird.

Ebenfalls wurde berichtet, dass etwa zweimal im Jahr Gespräche zwischen der Vonovia SE, dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (federführend), der Senatskanzlei und der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zu unterschiedlichen Themen stattfinden.

In diesen Gesprächen wird neben den aktuellen Wohnbauprojekten (Holsteiner Straße, Sacksdamm) anlassbezogen auch das Modernisierungs- und Instandhaltungsprogramm der Vonovia erörtert. Das nächste Gespräch ist für November 2018 terminiert.

**B. Beschlussvorschlag:**

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.